

„Kein Krieg! Nirgends!“

So steht es abschließend in der Erklärung (siehe untenstehend) des Stadtverbandes, die in unserer Gesamtmitgliederversammlung am 2. April nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Unsere Position: Keine Aufrüstung, Keine Waffenlieferungen, vollste Solidarität mit den Betroffenen dieses unheilvollen Krieges.

Wie diese Solidarität sich bereits vom ersten Tag des Krieges an entwickelte und weiter notwendig ist, hatte zu Beginn Lara Albert, die die Koordination des Spendenprojektes in Meiningen übernimmt, deutlich gemacht. Sie berichtete auch mit Bildern, wie die Spenden – die sich auch in unserer Geschäftsstelle zuhauf türmten – mit

etlichen LKW-Ladungen zur Hilfe vor Ort beitrugen. Gebraucht werden dort vor allem Verbandsmaterial (z.B. alte

angebunden sein. Mit neuen Räumlichkeiten können wir unabhängiger unsere gewohnten Formate weiterentwickeln und neue Angebote etablieren. Dabei sind uns Gedanken, Rat, Hilfe und Mitarbeit aller Mitglieder des Stadtverbandes von gro-



Autoverbandskästen), Hygieneartikel, Fahrradschläuche zur Umnutzung und Geld, damit die LKWs betankt werden können.

Nach den Wahlen der Delegierten für den Landesausschuss (Ronja Lenz und Helmut Hellmann) und den Bundesparteitag (Ilona Burandt) berichtete Philipp Weltzien über den anstehenden Umzug von Geschäftsstelle und Wahlkreisbüro. Beides soll barriereärmer und besser an die Innenstadt

dem Wert.

Aktuelle und sehr wichtige Themen, wie der Rücktritt unserer Co-Bundesvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und #LinkeMeToo, konnten in der kurzen Zeit leider nur am Rande erwähnt werden. Sie werden Raum und Zeit bekommen, in denen sie in der notwendigen Tiefe behandelt werden und alle Genoss:innen ihre Gedanken einbringen können.

– DER STADTVORSTAND –

Erklärung des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE. Suhl

Der Stadtverband der Partei DIE LINKE. verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine scharf. Krieg ist immer mit Tod und Verderben, mit Zerstörung und Verlust der Heimat verbunden. Dem ukrainischen Volk gehört unsere volle Solidarität.

Der Krieg gegen die Ukraine ist völkerrechtswidrig und verbrecherisch. Dafür gibt es keine Entschuldigung und kein Verständnis.

Auch wenn zur Vorgeschichte dieses Verbrechens die Verweigerung der NATO zu einvernehmlichen Sicherheitsgarantien gegenüber Russland und die von Russland als Bedrohung empfundene NATO-Osterweiterung bis an Russlands Grenzen heran gehört – es rechtfertigt keinen einzigen Schuss, keinen einzigen verwundeten oder getöteten Soldaten und erst recht kein einziges ziviles Opfer.

Der Stadtverband unterstützt ausdrücklich den Appell zahlreicher Wissenschaftler, Künstler und Politiker unter dem Titel „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“, in dem es heißt:

„Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit ei-

ner globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teurer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.“

Wir lehnen die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg durch die Schaffung des 100 Mrd. Euro Sondervermögens für die Bundeswehr und die dauerhafte Erhöhung des Bundeswehretats auf mindestens 2% des Bruttoinlandsproduktes kategorisch ab. Schon jetzt ist der Verteidigungsetat der drittgrößte des Bundeshaushaltes. Ein Sondervermögen wird bereitgestellt, wenn Ausnahmesituationen diese erfordern. Deutschland befindet sich aber in keiner militärischen Ausnahme-

situation, die eine Aufstockung von Verteidigungsgeldern rechtfertigen würde. Deutschland befindet sich viel mehr in einer wirtschaftlichen und sozialen Ausnahmesituation. Wir fordern daher einen Einsatz der 100 Mrd. Euro zur Sicherung der Sozialsysteme und Abfederung der wirtschaftlichen Härten. Ein Festhalten an der Schuldenbremse in Bund und Ländern muss dringend aufgegeben werden, um Investitionen in die Zukunft voran zu bringen. Transformation der Industrie und des Energiesektors sind dringliche Schlüssel für einen unabhängigen sozial-ökologischen Wandel ohne soziale Härten.

Wir fordern nachdrücklich: Nieder mit den Waffen und sofortige Friedensverhandlungen, keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Waffen schaffen keinen Frieden, sondern nur Tod und Leid.

Die Betroffenen dieses Krieges haben unsere vollste Solidarität: Die geflüchteten Ukrainer:innen, die hier ankommen, jene, die in ihrer Heimat geblieben sind, die Menschen in Russland, die wegen Protesten gegen den Krieg enorme Strafen zu befürchten haben.

Kein Krieg! Nirgends!

Friedensaktion in Suhl

Im Rahmen der Ostermarschbewegung 2022 fand am Samstag, dem 16.04. eine Friedensaktion an der Friedenseiche nahe dem „Haus der Geschichte“ statt.

Die Aktion begann mit dem Dekorieren der Eiche mit Friedenstauben, gebastelt von den Schüler:innen der Lautenbergschule.

Teilnehmer der Veranstaltung waren Mitglieder von politischen Organisationen, wie der SPD und DIE LINKE.

Ebenso waren das Suhler „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus“, die Evangelische Kirche und Fridays for Future vertreten. Dass das Anliegen des Ostermarschbündnisses auf breite Zustimmung stößt, zeigte sich durch die große Anzahl der engagierten Privatpersonen aus Suhl und Zella-Mehlis, die zum Teil ihre Osterbesuche aus der ganzen Republik mit zur Kundgebung brachten.

Es gab ein offenes Mikrofon, sodass alle Anwesenden ohne Anmeldung ihre Gedanken zu Krieg und Frieden äußern konnten – und es gab Redebedarf! Niemand hielt sich zurück, Ängste und Emotionen kamen deutlich zur Sprache.

Vor dem Hintergrund der Invasion des russischen Machthabers Wladimir Putin in die Ukraine im Februar 2022, hatte der diesjährige Ostermarsch einen traurigen und zugleich sehr realen Anlass. Die Sorge um die Sicherheit und Souveränität der Staaten in Europa, die Solidarität mit den vielen tausend geflüchteten Ukrainer:innen und die feste Überzeugung, dass dieser Angriffskrieg gegen die Ukraine in keiner Weise zu rechtfertigen ist, einte alle Wortbeiträge. Die Organisatoren waren sehr erfreut darüber, dass die Deutsch-Russische-Freundschaftsgesellschaft ihre Sicht auf die geopolitische und militärische Lage einbrachte und sich hinter die universellen Friedensforderungen des Ostermarschbündnisses stellte.

Der Vorsitzende der Stadtratsfraktion und Landtagsabgeordnete Philipp Weltzien stellte in



seiner Rede noch einmal klar, dass es bei Kriegen keine Gewinner gibt. Leidtragende sind immer die Zivilbevölkerung und die schwächsten einer Gesellschaft.

Bei den Waffenherstellern und Rüstungslobbyisten hingegen knallen die Sektkorken. Er forderte daher die sofortige Einstellung von deutschen Rüstungsexporten und ein Ende der Gewaltspirale im Ukraine-Krieg. „Frieden ist die Lösung und nicht der Krieg“, endete der

Abgeordnete.

Vincent Kühn von den Jusos und Fridays for Future stellte fest, dass die Ukraine an diesem Ostersonntag stellvertretend für ALLE Kriege auf der Welt steht. Man sollte die Opfer der Kriege in Syrien, Afghanistan und Jemen nicht vergessen. Auch den Geflüchteten aus diesen Regionen muss unsere volle Solidarität und Unterstützung gelten, so der junge SPD-Mann.

Er und alle anderen Redner:innen zeigten ihr Unverständnis über die Reaktion der deutschen Bundesregierung auf die Eskalation des Konfliktes auf europäischem Boden. Keiner hatte Verständnis für ein Sondervermögen von über 100 Mrd. Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr. Beinahe jeder hatte bessere Ideen zur Verwendung von solchen riesigen Geldsummen, alle Vorschläge waren im sozialen Bereich zu finden.

Sonja Reinhardt verlas den Appell von Künstlern, Kulturschaffenden und weiteren Persönlichkeiten: „Demokratie und Sozialstaat bewahren – keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ Denn weitere Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht und macht die Welt nicht zu einem sichereren und friedlicheren Ort.

Die Teilnehmer der Kundgebung hatten vor Ort die Möglichkeit diesen Appell mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

„Frieden schaffen ohne Waffen“, das ist die Forderung des Ostermarschbündnisses und unserer Partei DIE LINKE. Die Diplomatie muss wieder im Vordergrund stehen!

Zum Abschluss der Veranstaltung lud die Suhler Jugendpfarrerin Anna Böck alle Anwesenden ein, die aufgenommenen Gedanken bei einem kurzen ökumenischen Friedensgebet zu ordnen und in sich zu gehen.

– ANNETTE FRITZ –



ANDERSWO GELESEN Aufschlussreich

Wir erleben nahezu täglich, wie der Krieg gegen die Ukraine unsere Gesellschaft spaltet: von Russlandversteheren einerseits und Russenfeindlichkeit andererseits ist da die Rede sowie von gleichgeschalteten Medien. Weil das offenbar auch in der nd-Leserschaft so ist, veröffentlichte die Zeitung in ihrer Wochenendausgabe vom 23./24.04.2022 auf Seite 2 einige Äußerungen namhafter russischer Politiker und Meinungsmacher, die meiner Ansicht nach sehr aufschlussreich sind.

– SONJA REINHAARDT –

»Die ukrainische Bevölkerung muss die friedensstiftende Operation nicht fürchten, denn sie dient einzig der Entmilitarisierung«

Wjatscheslaw Wolodin, russischer Parlamentspräsident

»Entnazifizierung wird unweigerlich auch Entukrainisierung bedeuten«

Publizist Timofei Sergeitew in einem Beitrag der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti

»Litauen und Polen sind zu vorlaut. Sie begreifen nicht, dass wir schneller mit ihnen fertig wären als mit der Ukraine«

Politikwissenschaftler Sergej Mikheew im russischen Staatssender Rossija 1

»Dieses Mal werden wir diesen Mutterleib, der, wie sich herausstellt, immer noch ein Reptil gebären kann, ein für alle Mal ausräumen. Um sicher zu sein. Im Rahmen der vollständigen und endgültigen Entnazifizierung – und zwar nicht nur der Ukraine, sondern ganz Europas.«

Außenminister Sergej Lawrow

»Die heutige Welt ist sehr gefährlich für uns, aber auch für die Amerikaner, die Chinesen, die Europäer, die Polen und vor allem die Balten. Sie sollen sich daran erinnern, dass die Entnazifizierung ein langer, endloser Prozess ist und sehr wahrscheinlich nicht mit der Ukraine enden wird.«

Oleg Morosow, Duma-Abgeordneter

»Jedes Volk und besonders das russische Volk kann die echten Patrioten immer unterscheiden vom Abschaum und von den Verrätern – und spuckt diese einfach aus wie eine Fliege, die einem zufällig in den Mund geflogen ist.«

Präsident Wladimir Putin

7 Kernpunkte für DIE LINKE.

Als Mitglied der Partei DIE LINKE. mit langer politischer Vergangenheit und angesichts des schlimmen Zustandes unserer Partei möchte ich mich im Vorfeld des Bundesparteitages zu dem jetzt überall geforderten Erneuerungsprozess äußern. Hier sind in Kurzfassung meine Kernpunkte notiert, was jetzt und zukünftig unverzichtbar für DIE LINKE ist und bleibt:

1. Wir sind bisher Friedenspartei und müssen das bleiben, auch wenn Krieg herrscht und es unmöglich zu sein scheint, ihn mit friedlichen Mitteln und Diplomatie zu beenden. Der jetzige Ampel-Regierungskurs der Aufrüstung, Militarisierung und von Waffenlieferungen darf von Links keinerlei Zustimmung erhalten. Die Weiterentwicklung unserer friedenspolitischen Positionen soll darauf gerichtet sein, die offensichtliche Strategie der Stärke, Konfrontation und Abschreckung zu brechen.

2. Wir waren immer eine internationalistische Partei, eine Partei der Solidarität. Diesem Anspruch müssen wir auch in Zukunft gerecht werden. Das betrifft die Flüchtlingsfrage wie die internationalen Kontakte mit den Menschen – und eben nicht mit Staatsführungen aller Kontinente. Die zunehmende Auseinandersetzung der bestehenden und sich herausbildenden imperialen Blöcke (einschließlich Russland und China) um Macht, Ressourcen und Märkte müssen wir entlarven und Alternativen aufzeigen. Nötig ist eine Außenpolitik, die diejenigen bestärkt, die für soziale und politische Rechte aller Menschen kämpfen.

3. DIE LINKE ist eine pluralistische Partei und muss das auch bleiben. Wer das im Interesse eines vermeintlich geschlossenen Erscheinungsbildes und einheitlicher Entscheidungen aufgeben will, trifft einen Nervenstrang der Linken. Geredet werden muss darüber, wie Pluralismus und Kommunikation von Mehrheiten und Minderheiten in Zukunft gestaltet wird. Die unterschiedlichen Erfahrungen der Mitglieder unserer Partei in Ost und West, in den ver-

schiedenen Generationen, mit unterschiedlicher Lebensweise soll uns nicht (be-)hindern, sondern ermöglichen, zukunftsfähige Antworten für eine friedliche und solidarische Welt zu finden.

4. Das Zusammenwirken der Generationen und Geschlechter, gegenseitige Achtung und die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses innerhalb der Partei trotz unterschiedlicher Erfahrungen, Herkunft, Lebensweisen, Sprache, Kultur u.a. Differenzen ist unerlässlich! Es muss auf Gegenseitigkeit und Toleranz beruhen.

5. So wie Friedenspolitik zum Wesen der Linken gehört, muss auch unser programmatischer Auftrag als moderne Gerechtigkeitspartei und als soziale Opposition den Markenkern linker Politik bestimmen. Die Tatsache, dass die Bundestagsfraktion nach dem Wahldesaster dieses in den Mittelpunkt stellen will, ist begrüßenswert. Wenn wir in Opposition zur herrschenden Gesellschaft stehen, heißt das nicht automatisch, immer NEIN zu sagen. Entscheidend ist, dass wir als Linke unseren Kampf immer mit dem strategischen Ziel einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsperspektive verbinden.

6. Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft (Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Lebensweise) durch Reichtum und Armut hat gravierende Auswirkungen, die benannt und wo Alternativen aufgezeigt werden müssen. Der nötige Transformationsprozess muss gleichermaßen sozial und ökologisch gestaltet werden. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

7. Der Streit, um welche Subjekte sich die LINKE besonders kümmern sollte, ist nicht auflösbar. Es gibt nur eines: Wir brauchen eine enge Verbindung von Klassen- und Identitätspolitik, ganz im Sinne des kategorischen Imperativs von Karl Marx, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

– INA LEUKEFELD –

Spendenaktion Ukraine



Wir sammeln weiterhin in der Geschäftsstelle Spenden für Menschen in der Ukraine. Gebraucht werden:

- Verbandsmaterial/Verbandskästen (auch abgelaufene)
- Rettungsdecken/Wärmedecken
- Medizinische Gesichtsmasken
- Medikamente (Schmerzmittel, Antibiotika)
- Inkontinenzmaterial
- Desinfektionsmittel, destilliertes Wasser
- Seifen, Shampoo, Duschgel
- Zahnbürsten, Zahnpasta
- Waschpulverkapseln
- Babyprodukte (Trockennahrung, Gläschen, Windeln, Feuchttücher etc.)
- Streichhölzer, Kerzen
- Taschenlampen, Batterien
- Toilettenpapier, Küchenrollen
- Gummipantoffeln
- Bettsachen (Schlafsäcke, Isomatten, Kissen, Decken etc.)
- Tierfutter
- Haltbare Lebensmittel

Spendenkonto:
DE14 8205 4052 0305 0328 01

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de | **e-Mail:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Juni-Ausgabe 2022 ist am 23.05.2022.

Demonstrationskultur in Mexiko

Ein ganz herzliches „Hola“ aus Mexico nach Südthüringen. 6 Monate in Mexiko sind vorbei und endlich komme ich dazu ein wenig zu berichten, beziehungsweise habe ich endlich das richtige Thema gefunden. Denn auch wenn der 8. März schon ein paar Tage hinter uns liegt, ist der Kampf, welchen wir als Feminist:innen an diesem Tag allen vor Augen führen, ein alltäglicher. Allerdings bin ich hier mit einer anderen sozialen wie politischen Realität konfrontiert, als ich es von zuhause gewöhnt bin. Die Menschen hier in Oaxaca sind extrem kämpferisch und Streiks und Blockaden sind täglicher Teil des hiesigen Lebens. So finden jeden Tag an wichtigen Knotenpunkten der Stadt „Boqueos“ statt, um mit einer unfreiwillig verkehrsberuhigten Innenstadt die eigenen Forderungen zu unterstreichen. Nicht selten kommt es bei diesen Blockaden aber auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, wenn beispielsweise die Polizei oder Nationalgarde versucht, diese zu räumen. In seltenen Fällen kommen dabei auch Menschen zu Tode. So war ich gedanklich darauf vorbereitet, dass bei jeder Form der Demonstration am Frauenkampftag immer ein Gewisses Risiko der Eskalation besteht. Im Großraum Oaxaca haben verschiedene Bündnisse zu über 20 Demonstrationen aufgerufen, 11 davon in der Innenstadt. Schon als ich am Morgen zur Arbeit ging, konnte man an allen weiblich gelesenen Personen¹ T-Shirts, Haarbänder, Tücher in den Farben lila und grün (in Lateinamerika typische Farbe des Feminismus, besonders im Kampf um das Recht auf medizinische Schwangerschaftsabbrüche) finden. Und es dauerte auch nicht lange, bis ich die erste Blockade indigener Frauen passieren musste, um zur Arbeit zu gelangen. Am Nachmittag hatte ich mich mit einigen Freundinnen verabredet an der größten der geplanten Demonstrationen teilzunehmen.

Hunderte weiblich gelesene Personen hatten sich in einem lila-grünen Meer zusammengefunden, die meisten von ihnen mit Schildern „bewaffnet“. Einige allerdings auch mit Hämmern und Metallstangen. Schon wenige Minuten nachdem sich un-



sere Menschenmenge in Bewegung gesetzt hatte, waren die Spuren deutlich sichtbar, ausnahmslos alle Hauswände wurden besprüht sowie Fenster eingeschlagen. Geschäfte versuchten, ihre Schaufenster zu schützen, indem weibliche Angestellte in Türen und Fenstern Stellung bezogen. Einige hatten sogar ihre Geschäfte geschlossen und mit Brettern vernagelt. Und auch wenn die überwiegende Mehrheit der Frauen friedlich demonstriert hat, war die Wut und die Verzweiflung über die Situation von FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans sowie agender Personen) zu spüren. Eine Situation, die sich doch stark von einer europäischen unterscheidet. So sind allein im Bundesstaat Oaxaca bis heute fast 40 Frauen getötet worden. Eine erschreckende Statistik, die für das vergangene Jahr mexikowweit von 3.462 getöteten Frauen spricht, 922 von ihnen sind Femizide. Das heißt, dass die Frauen gezielt wegen ihres Geschlechts getötet wurden. Mit diesen Zahlen und den Postern vermisster Frauen und Mädchen (welche fester Bestandteil des Straßen-

bildes sind) im Hinterkopf, habe ich zugesehen wie Fenster eingeschlagen und Feuer gelegt wurden. Und wie sich Frauen Zugang zu verammelten Staatsgebäuden verschafft haben und gerade das „Sekreteriat für Frauen“ schnell von Demonstrierenden eingenommen wurde. Was ich glücklicherweise nicht gesehen habe, ist wie ein Mann, der sein Geschäft mit einer Heckenschere verteidigen wollte, übel zusammengeschlagen wurde. Lediglich die dadurch entstandene Panik erreichte uns und sorgte dafür das wir an diesem Punkt die Veranstaltung verließen. Doch was bleibt am Ende des Tages hängen? Eine Forderung nach Leben und Freiheit für weiblich gelesene Personen. Eine Forderung, die beinhaltet selbstbestimmt leben zu können, ohne Angst haben zu müssen, getötet oder vergewaltigt zu werden. Und das weltweit. Auch in Deutschland wird nach aktuellen Zahlen von Amnesty International jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Expartner getötet. Also hier meine Bitte an alle von euch: seid wachsam, erzieht eure Söhne, Enkel, Neffen. Und an alle FLINTA und Feminist:innen, wir haben noch viel Weg vor uns. Dieser Kampf, den wir jeden Tag führen, wird so schnell nicht vorbei sein. Und trotzdem sollten wir nicht vergessen, wie sehr er sich von dem Kampf von Personen in anderen europäischen Ländern, oder im globalen Süden unterscheidet.

– LAURA RASSBACH –

¹weiblich gelesene = Menschen, die von ihrer Umwelt als Frauen wahrgenommen werden.



„Oaxaca tötet, vergewaltigt und entführt indigene und Afro-mexikanische Frauen“

Termine Mai 2022

- 03.05. 14.00 Uhr Zuckerfrst Team Sport&Spiel EAE
- 08.05. 10.00 Uhr Stilles Gedenken zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am sowjetischen Ehrenmal
- 13.05. 18.00 Uhr Linker Stammtisch, Restaurant DAVID's
- 14.05. Eröffnung Haus der Geschichte
- 20.05. 18.30 Uhr Diskussion zur Zukunft der LINKEN mit Raúl Zelik, PV-Mitglied
- 21.05. Landesparteitag, Bad Blankenburg
- 25.05. 15.00 Uhr Polit-Café